

Ulrich Menzel

**Einleitung zu „Günter Verheugen, Reformen für Europa wagen!“
am 9.5.2014 in der Herzog August Bibliothek, Wolfenbüttel**

Heutzutage ist es üblich, zu „googlen“, wenn man sich über eine Person des öffentlichen Lebens informieren will. Gibt man den Namen „Günter Verheugen“ (in Gänsefüßchen) ein, erzielt man „ungefähr“ 467.000 Treffer in 0,27 Sekunden und landet dennoch bei dem Wikipedia-Artikel über Verheugen, den google noch über seiner Internetseite bei der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder positioniert hat.

Mir fällt zu Verheugen ganz ohne Internet zuerst das Jahr 1982 ein. Wir erinnern uns. Das zweite Kabinett Schmidt lag in den letzten Zügen, weil die FDP, angeführt von Genscher und Lambsdorff, die Koalition verlassen wollte. Die Agonie wurde im Tagebuch des damaligen Regierungssprechers Klaus Bölling „Die letzten 30 Tage des Kanzlers Helmut Schmidt“ eindrucksvoll geschildert.

Der linke Flügel der FDP, angeführt von einer „Viererbande“ namens Ingrid Matthäus-Maier, Helga Schuchardt, Andreas von Schöler und Günter Verheugen stemmte sich vergeblich gegen das Ende des sozialliberalen Projekts, das mit Antritt der ersten Regierung Brandt-Scheel 1969 und gestützt auf eine knappe Parlamentsmehrheit von lediglich fünf Stimmen seinen Anfang genommen hatte. Die Vier verließen die FDP, liebäugelten kurz-

zeitig mit der Gründung einer linksliberalen Partei und traten Ende 1982 in die SPD ein, auch wenn ihnen das Wort „Genosse“ vermutlich nicht so rasch über die Lippen gehen mochte. (Helga Schuchardt war es übrigens, die mir als niedersächsische Wissenschaftsministerin den Ruf an die TU Braunschweig erteilt hat). Danach begann die lange Ära Kohl und der Aufstieg der Grünen, die heute die FDP als liberale Partei in ihrem linken wie in ihrem rechten Flügel abgelöst haben. Insofern markiert das Jahr 1982 in mehrfacher Hinsicht eine innenpolitische Zäsur in der alten Bundesrepublik, deren Fernwirkung bis heute zu spüren ist.

Einer der damals unterlegenen Protagonisten wird heute zu Ihnen sprechen. Während die Sieger des innerparteilichen Machtkampfs in der Öffentlichkeit als „Verräter“ an der sozialliberalen Sache erschienen, waren die Verlierer die Helden. In der Hessenwahl 1982 wurde die FDP regelrecht abgestraft. Verheugen hätte eine große Karriere machen können in der FDP als rechte Hand Genschers, erst im Innen- und dann im Außenministerium, als Bundesgeschäftsführer und seit 1978 als Generalsekretär. Hätte er den Koalitionswechsel der FDP nicht mitgemacht, wäre er sicher rasch am Kabinettstisch gelandet, womöglich Nachfolger von Genscher als Außenminister geworden.

Er hat es nicht gemacht, hat vielmehr 1984 unter dem Titel „Der Ausverkauf. Macht und Verfall der FDP“ mit seiner alten Liebe abgerechnet und eine zweite Karriere gestartet, die ihn

nicht auf den Chefsessel im Auswärtigen Amt in Bonn oder Berlin beförderte, sondern zum Mitglied der Europäischen Kommission in Brüssel werden ließ.

Dank der Fürsprache von Willy Brandt und des generösen Rückzugs von Philipp Rosenthal bekam er den Wahlkreis 226 (Kulmbach), errang zwar nie das Direktmandat, das in Bayern für einen Nicht-CSU-Kandidaten nahezu ausgeschlossen ist, sondern zog immer über die Landesliste in den Bundestag ein. 1983-1998 war er dort Mitglied im vornehmen Auswärtigen Ausschuss und nebenbei oder auch umgekehrt 1987 Chefredakteur der Zeitung „Vorwärts“ bzw. von 1993-1995 Bundesgeschäftsführer der SPD. Ich glaube, der einzige Fall, dass ein Politiker gleich zwei verschiedene Parteien gemanagt hat.

Außenminister konnte er 1998 wieder nicht werden, weil - wie früher die FDP - die Grünen das Auswärtige Amt für sich reklamierten. Also blieb für den erfahrenen Außenpolitiker nur das Amt des Staatsministers, der woanders weniger vornehm Staatssekretär heißt, unter dem Außenminister Joschka Fischer, der in dieses Amt erst noch hineinwachsen musste. Ich vermute, eine nicht ganz undelicate Beziehung.

Jedenfalls blieb er nicht lange Staatsminister, sondern wechselte 1999 nach Brüssel und fand damit seine eigentliche Mission, zuerst als Erweiterungskommissar, in dessen Amtszeit 2004 die große Osterweiterungsrunde fiel, und nach vollbrachter

Tat von November 2004 bis Februar 2010 als Kommissar für Industrie- und Unternehmenspolitik der Kommission Baroso I und zugleich als deren Vizepräsident. Dennoch fand er die Zeit, weiter Bücher zu veröffentlichen wie z.B. 2005 „Europa in der Krise. Für eine Neugründung der europäischen Idee.“

Seit April 2010 ist er als Honorarprofessor für „Europäisches Regieren“ an der Viadrina in der Lage, seine lange politische Laufbahn und seine Europaexpertise als akademischer Lehrer weiterzugeben. Im Sommersemester 2014 liest er über „Die Dynamik der Erweiterung und der Vertiefung der EU (die Teilnahme an der Vorlesung wird mit 6 Leistungspunkten vergütet) und gibt ein Seminar „10 Jahre Osterweiterung – Eine Bilanz“ (sogar mit 9 Leistungspunkten vergütet, sofern man regelmäßige Teilnahme, Referat und schriftliche Hausarbeit vorweisen kann). Es beruhigt mich sehr, dass der Kollege Verheugen damit einem sehr traditionellen Verständnis von studentischen Leistungsnachweisen folgt und zumindest hier eine gewisse Distanz zu Bologna-Europa erkennen lässt.

Damit sind wir mittendrin im heutigen Thema. In seiner Antrittsvorlesung am 20.4.2010 setzte er sich, wie könnte es anders sein, mit dem Thema Europa, genauer mit der mittlerweile so populär gewordenen Europaskepsis auseinander und bemühte dabei keinen geringeren als Immanuel Kant. Verheugen erinnert in der Vorlesung an die Römischen Verträge (1957) am Beginn des europäischen Integrationsprozesses: „Es ging und geht auch

heute darum, für Europa den Frieden dauerhaft zu sichern und die Völker Europas zum Hort von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu machen. Man glaubte und das mit Recht - dass Europa am ehesten Frieden halten würde, wenn es in einer Familie demokratisch verfasster Staaten fest verankert würde.“ So argumentierte Kant bereits 1795 in seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“, aus der später die Theorie des demokratischen Friedens entwickelt wurde. Das Argument lautet: Demokratien bilden eine Wertegemeinschaft, die es ausschließt, Interessenkonflikte untereinander mit kriegerischen Mitteln auszutragen. Die Ausbreitung der Demokratie ist deshalb zugleich Friedenspolitik. Ob Demokratien gegenüber Nichtdemokratien genauso kriegsavers sind, ist eine andere Frage.

Bei der Süd- und bei der Osterweiterung hat sich gezeigt, dass die EU nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Wertegemeinschaft ist mit der Voraussetzung des Bekenntnisses zur Demokratie. Dass es jetzt nicht mehr darum geht, Deutschland zu demokratisieren und einzubinden, sondern dass Deutschland umgekehrt dazu beiträgt, dass stabile demokratische Verhältnisse und damit eine Zone des Friedens in Europa herrschen, das ist auch ein Verdienst von überzeugten Europapolitikern wie Günter Verheugen. Die aktuelle Krise in der Ukraine zeigt, wie fragil der Friede in Europa immer noch oder schon wieder ist und dass die Außengrenzen der EU im Osten (wie auch im Süden jenseits

des Mittelmeers) zugleich die Grenze des demokratischen Friedens markieren.

Hinter dieser Erkenntnis verblasst die populistische Kritik an Europa, die im laufenden Wahlkampf wieder Konjunktur hat. Die Zahl der Europaskeptiker oder gar Gegner im Europäischen Parlament wird wachsen, nicht zuletzt weil die niedrige Wahlbeteiligung die Hürde senkt, ein Mandat zu erringen. Natürlich - Europa weist viele Defizite auf, die letztlich daraus resultieren, dass Europa ein Staatenbund ist und keine Vereinigten Staaten von Europa.

Ganz fundamental ist für mich die Frage nach den Grenzen Europas, eine Frage, die nicht nur geographisch, sondern politisch, wirtschaftlich und vor allem kulturell zu beantworten ist. Derzeit verläuft sie offenbar quer durch die Ukraine. Je weiter wir diese Grenze ausdehnen, desto komplexer wird die Gemengelage, weil damit auch die Heterogenität in jeder Hinsicht zunimmt. Vom wohlhabenden Luxemburg, dem Kern von Kerneuropa, bis zu dem armen Bulgarien und Rumänien ist es schon ein weiter Weg.

Weil es den Souveränitätsvorbehalt der Mitgliedsstaaten gibt, ist die Kommission keine Regierung und der Kommissionspräsident kein europäischer Regierungschef. Das Bonmot von Henry Kissinger, als er danach fragte, welche Telefonnummer Europa besitze, trifft schon einen Punkt. Kissinger hält es aller-

dings auch weniger mit Kant, als mehr mit klassischen Realisten wie Thomas Hobbes. Folglich gibt es auch keine europäische Verfassung und fehlen dem Europäischen Parlament die elementaren Rechte eines Parlaments - die Budgethoheit (eher Representation without Taxation), die Wahl des Kommissionspräsidenten, gestützt auf eine parlamentarische Mehrheit und die letztliche Gesetzgebungskompetenz.

Es bleibt also noch viel zu tun auf einem langen Weg. „Reformen für Europa wagen!“ - mit Ausrufungszeichen, so lautet das Thema des heutigen Abends. Günter Verheugen, wir sind gespannt, welche Vorschläge Sie zu machen haben, gibt es derzeit doch kaum jemand in Deutschland, der auf diesem Gebiet kompetenter und berufener wäre.